

Niederschrift

Öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

Sitzungstermin: **Mittwoch, den 15.09.2021**
Sitzungsbeginn: **18:30 Uhr**
Sitzungsende: **20:10 Uhr**
Ort, Raum: **Regionale Schule Rudolf-Tarnow**

Sitzungsnummer: **RPA/003/2021**

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Rainer Wilmer

Stadtvertreter/in

Herr Manuel Albrecht

sachkundige/r Einwohner/in

Frau Gabriele Kuhnert

Frau Maike Pohlmann

Verwaltung

Herr Jörn Pamperin

Herr Kay Porath

Frau Susanne Westphal

Entschuldigt fehlen:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2** Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 3** Billigung der Sitzungsniederschrift der vorangegangenen Sitzung vom 14.04.2021
- 4** Bericht der Verwaltung
- 5** Anfragen
- 6** Stand Jahresabschluss 2019
- 7** Prüfung Vergaben im Haushaltsjahr 2020
- 8** Ermittlung und Bearbeitung offene Forderungen
- 9** Vergabeverfahren mit/ohne Beteiligung von KSM
- 11** Wiederherstellung der Öffentlichkeit
- 12** Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Sitzungsteil gefassten Beschlüsse lt. KV M-V § 31 Abs. 3
- 13** Schließen der Sitzung

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Wilmer eröffnet die Sitzung um 18:30 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Mit vier teilnehmenden Mitgliedern ist der Ausschuss beschlussfähig.

zu 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 4/0/0

zu 3 Billigung der Sitzungsniederschrift der vorangegangenen Sitzung vom 14.04.2021

Die Sitzungsniederschrift vom 14.04.2021 wird gebilligt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 4/0/0

zu 4 Bericht der Verwaltung

Es gibt keinen Bericht der Verwaltung.

zu 5 Anfragen

Herr Wilmer fragt Herrn Pamperin, ob bereits eine Stellungnahme zur überörtlichen unvermuteten Kassenprüfung der Stadtkasse (Bericht vom 25.02.2021) an das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises erfolgt ist.

Herr Pamperin berichtet, dass diese in Arbeit ist und er sie bis Monatsende fertig stellen muss, da Frau Holz bereits nachgefragt hat.

Herr Wilmer gibt den Hinweis, dass die lange Wartezeit die Prüfinstitution unnötig verärgert und die Stadt Boizenburg keinen Ärger in Sachen Finanzen gebrauchen kann und bittet Herrn Pamperin einem Termin zu benennen.

Herr Pamperin gibt eine zwei Wochen Frist an.

zu 6 Stand Jahresabschluss 2019

Herr Wilmer bittet Herrn Pamperin um Auskunft zum Stand des Jahresabschlusses 2019.

Herr Pamperin erläutert die personelle Situation in der Verwaltung, insbesondere im Bereich Finanzen. Schwangerschaft, Beschäftigungsverbot, Neu-, bzw. Nachbesetzungen sowie Einarbeitungen in neue Aufgabenbereiche haben zu Verzögerungen geführt. Aber auch durch Personalprobleme im Fachbereich Bau und Stadtentwicklung konnte die Zuarbeit aus dem Tiefbaubereich für die Anlagenbuchhaltung nicht gewährleistet werden. Die Zuarbeit ist jetzt zwar erfolgt, jedoch durch Jahresurlaub und Umsetzung von Personal erfolgt die Finanzbuchhaltung jetzt durch die Mitarbeiterin der Anlagenbuchhaltung und in nächster Zeit kann am Jahresabschluss nicht gearbeitet werden. Weiterhin fehlt die Zuarbeit aus dem Bereich Klärwerk, wo ebenfalls ein Personalausfall zu verzeichnen ist. Es ist derzeit nicht absehbar, wann die Zuarbeit geleistet werden kann und dementsprechend durch die Anlagenbuchhaltung weiter bearbeitet werden kann. Eine Abstimmung mit dem Bauhof ist zwar erfolgt, jedoch gibt es hier relativ hohe Differenzen, die überprüft werden müssen. Herr Pamperin kann keine Prognose abgeben, wann ein vollständiger Jahresabschluss 2019 zu erwarten ist. Teilbereiche können sicherlich geprüft werden.

Herr Pamperin erläutert, dass es eine Fristverlängerung durch den Landkreis bis zu 31.05.2021 gab.

Herr Wilmer stellt fest, dass diese Frist ja wohl längst überschritten ist und berichtet von einem Gespräch mit Frau Holz von der Rechtsaufsicht, die bereits signalisiert hat, dass es keine Zustimmung zum Haushalt 2022 geben wird, wenn nicht zumindest der Jahresabschluss aus 2019 vorliegt. Auch wenn die Gründe im Einzelnen nachvollziehbar sind, ist die Situation nicht akzeptabel und die Verwaltung sollte darüber nachdenken, ob einzelne Aufgabenbereiche wichtiger sind, als die Anlagenbuchhaltung. Wie soll über einen Haushalt für 2022 entschieden werden, wenn nicht bekannt ist, wie der Stand 2019 bzw. 2020 tatsächlich ist? Es ist bereits jetzt bekannt, dass es im Baubereich Kostensteigerungen in Höhe von 17-18 % geben wird, die ausge-

glichen werden müssen. Herr Wilmer bittet um Vorbereitung der Unterlagen, damit zumindest mit Teilprüfungen begonnen werden kann.

Die Doppik wurde vor 10 Jahren eingeführt, dass es bei den ersten Jahresabschlüssen zu Verzögerungen kam ist nachvollziehbar, jetzt jedoch nicht mehr akzeptabel.

zu 7 Prüfung Vergaben im Haushaltsjahr 2020

Herr Wilmer berichtet, dass auf der letzten Sitzung, die zu prüfenden Auftragsvergaben verteilt wurden, außer dem Abwasserbereich, auf Grund des Ausfalls einer Mitarbeiterin. Bislang ist nicht absehbar wann und wer Fragen in diesem Bereich beantworten kann. Somit muss die Prüfung weiter verschoben werden.

Frau Kuhnert hat noch keine Auftragsvergabenprüfung durchgeführt.

Herr Albrecht berichtet, dass er den Bereich Schulen geprüft hat. Lobenswert war die Vorbereitung der Unterlagen durch die Sekretärin der R-T-Schule. Insgesamt wurden 20 Vergaben geprüft. Es gab keine Beanstandungen, aufgefallen ist jedoch, dass jede Schule ihr eigenes Formblatt nutzt. Herr Albrecht regt an, hier eine Vereinheitlichung vorzunehmen. Weiterhin ist aufgefallen, dass Internetangebote schwer nachvollziehbar sind. Herr Albrecht bittet eine Idee zu finden, um eine bessere Nachvollziehbarkeit zu erreichen.

Herr Wilmer bittet die Verwaltung zur nächsten Sitzung entsprechende Vorschläge zu unterbreiten, um so die Prüfung zu erleichtern.

Herr Pamperin greift das Thema Internetbestellungen auf. Diese sind grundsätzlich möglich, jedoch bei Kauf auf Rechnung. Es sind vergleichbare Angebote einzuholen und Bedarf der schriftlichen Bestätigung. Der Landkreis hat bei der letzten Prüfung vor 2 Jahren moniert, dass diese bei Internetkauf nicht nachgewiesen werden können. Dieser Punkt muss in der nächsten ADGA aufgegriffen werden. Ein Ausschluss von Internetkäufen wäre ein Rückschritt.

Herr Wilmer hat den Bereich Feuerwehr und Tiefbau geprüft. Hier gab es als Beanstandungspunkt die regelmäßige Überprüfung von Wartungsverträgen auf Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit. Herr Wilmer bittet die Verwaltung dies entsprechend an die Mitarbeiter weiterzuleiten. Ein weiterer Hinweis ging an die Verwaltung, dass bei erforderlichen Maßnahmen aus Kleinleistungsverträgen Rechnungen erstellt werden, wo der Bezug zu dem Leistungsvertrag fehlt. Der Vollständigkeit halber ist dieser Bezug herzustellen. Weitere Beanstandungen gab es nicht.

Herr Wilmer weist darauf hin, dass im Ausschuss besprochen wurde, dass der Umgang mit dem Zusammenstellen der Auftragsvergaben seitens der Verwaltung dringend geändert werden muss. Zum bisherigen Verfahren muss Abhilfe geschaffen werden. Es soll ein System eingeführt werden, welches jederzeit abrufbar und prüfbar ist. Herr Wilmer erinnert an das Verfahren beim Landkreis. Hier vergibt eine zentrale Stelle ein Aktenzeichen zu dem dann jederzeit zum Stand der Sache Auskunft gegeben werden kann. Herr Wilmer bittet Herrn Pamperin hierzu Stellung zu nehmen.

Herr Pamperin berichtet, dass bislang nichts geändert wurde. Er wird jedoch am darauffolgenden Tag die Mitarbeiter daran erinnern, die Auftragsvergaben in einer Liste nachzutragen, damit im nächsten Jahr schnell geliefert werden kann. Teilweise führt Frau Gropitz eine Liste, da sie die KSM-Vergaben betreut.

Herr Wilmer stellt fest: Die Verwaltung missachtet eine dringende Empfehlung des Ausschusses. Hierzu ist lediglich eine EXCEL-Tabelle anzulegen und die Zuarbeit von den Mitarbeitern einzupflegen. Herr Wilmer gibt bekannt, dass er diese Angelegenheit in der nächsten Stadtvertreter-sitzung thematisiert.

Herr Porath ergänzt, dass diese Listen fachbereichsweise angelegt wurden, jedoch nicht fortgeschrieben wurden. Das Verfahren ist sichergestellt, doch die Umsetzung fehlt noch aus den von Herrn Pamperin genannten Gründen.

Herr Wilmer möchte wissen, warum gibt es keine Zentralisierung aller Vergaben? Dieses System wird beim Landkreis seit Jahren praktiziert.

Frau Kuhnert erläutert, das im dem Protokoll nicht ersichtlich ist, dass diese Liste für die gesamte Verwaltung geführt werden soll. Sie zitiert aus dem Protokoll vom 30.04.2021 „Es gab einen Vorschlag, die Auftragsnummern nach Fachbereichen getrennt und mit einem entsprechenden Stichwort zu vergeben“.

Herr Porath bestätigt, dass sich für diese Variante entschieden wurde, die Variante wurde lediglich nicht fortgeführt.

Herr Wilmer fragt die Ausschussmitglieder, ob die Verfahrensweise, die Listen nach Fachbereichen zu führen beibehalten werden soll oder eine zentralisierte Listen geführt werden sollen?

Frau Kuhnert schlägt vor, die Fortführung der Listen fachbereichsweise zu belassen. Da die Prüfung fachbereichsweise erfolgt, ist es für den Prüfer übersichtlich und spart Zeit. Den Fachbereichsleitern obliegt dann die Prüfung, dass diese Listen entsprechend geführt werden.

Herr Wilmer stellt fest, dass die Listen fachbereichsweise geführt werden können und bittet die Verwaltung um einen Zwischenbericht, woraus sich dann die Anzahl der Vergaben ergibt.

zu 8 Ermittlung und Bearbeitung offene Forderungen

Herr Wilmer berichtet: die aktuelle Liste der offenen Forderungen beträgt € 420.430,78. Einige offene Posten sind nachzuvollziehen z.B. Insolvenzverfahren. Posten die sich aus Steuerbescheiden ergeben jedoch nicht. Ebenso die Forderungen aus den Niederschlagswasserbeitragsbescheiden. Diese sind nach Ablauf der Frist sofort vollstreckbar und selbst Widersprüche haben keine aufschiebende Wirkung. Warum wird nicht vollstreckt?

Herr Pamperin erläutert, dass sich die Vorgänge noch im Mahnstatus befinden.

Herr Wilmer merkt an, dass dies unverständlich ist, da die Bescheide im Dezember letzten Jahres versandt wurden. Weiterhin bittet Herr Wilmer um Klärung einer durch den Bürgermeister genehmigten Aussetzung der Vollziehung in Höhe von ca. € 84.000. Nicht vollstreckte Forderungen sind fehlende Gelder in der Haushaltskasse.

Dem gegenüber stehen hohe investive Mittel ca. 2,6 Millionen die im Haushalt vorausgeschoben werden und es passiert nichts. Herr Wilmer fragt Herrn Pamperin woran liegt das?

Herr Pamperin kann die Situation nur allgemein erläutern. Die einzelnen Fachbereiche melden zur Haushaltsplanung so viel wie möglich an, um viel realisieren zu können. Der Trend geht jedoch da hin, dass immer weniger abgewickelt werden kann, aus den verschiedensten Gründen. Vergaben dauern immer länger, müssen über einen Dienstleister abgewickelt werden, sind sehr zeitintensiv. Geld ist vorhanden durch die Haushaltsgenehmigung, es mangelt jedoch an der Umsetzung. Die dadurch entstehenden Haushaltsreste können dann für begonnene Maßnahmen eingesetzt werden, wobei Neuansetzungen erst nach Genehmigung des Haushaltes genutzt werden können. Personalmangel, Nachbesetzungen und Einarbeitung sind weitere Gründe. Personalstellen sind teilweise unbesetzt.

Herr Wilmer merkt an, unverständlich ist, wenn feststeht, dass ein Mitarbeiter eine Personalstelle nicht wieder besetzen wird, diese nicht schnellstens neu besetzt wird, bzw. zumindest eine Ausschreibung erfolgt?

Herr Pamperin teilt mit, dass die Stellenplanbesetzung für 2022 überarbeitet werden muss. Er räumt ein, dass es bei Ausfällen einzelner Mitarbeiter zu massiven Stockungen in dem jeweiligen Arbeitsbereich kommt, da es keine Vollvertretung gibt. Insbesondere muss also auch die Vertretungsregelung überarbeitet werden.

Herr Wilmer bittet, dass zukünftig die Liste offene Forderungen auch an die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses geht und nicht wie bisher nur an die Mitglieder des Hauptausschusses und des Finanzausschusses.

Herr Pamperin stimmt der Verteilung zu.

zu 9 Vergabeverfahren mit/ohne Beteiligung von KSM

Herr Wilmer berichtet, dass bislang die Beschaffung eines Elektrofahrzeuges nicht abgewickelt wurde. Die Verwaltung hat mitgeteilt, dass die Vergaben durch KSM schwierig geworden sind. Hierzu bittet Herr Wilmer um Auskunft, was kann die Verwaltung an der Vergabe noch selbst machen und welche Aufgaben hat KSM? Was kann die Verwaltung tun, wenn die vertraglichen Vereinbarungen von Seiten KSM nicht eingehalten werden. Hier der Hinweis, jeder Vertrag ist kündbar.

Herr Porath berichtet, von einem Regelausnahmeprinzip, d.h. in der Regel ist KSM mit der Vergabe zu beauftragen. Die Vergabe kann aber nach vorheriger Genehmigung durch KSM auch selbst vorgenommen werden. Wenn es keine Genehmigung gibt, muss die Vergabe über KSM abgewickelt werden.

Herr Wilmer möchte wissen, ob es Probleme mit der Abwicklung eines Vergabeverfahrens durch KSM gibt?

Herr Porath kennt nur einen Fall, von dem er berichten kann. Dies betrifft eine Vergabe von Frau Götz. Diese zieht sich bereits über 4 Monate hin. Bei KSM hat mehrfach der Sachbearbeiter gewechselt, die dann immer die gleichen Unterlagen abfordern. Teilweise gibt es widersprüchliche Aussagen von Seiten KSM.

Herr Wilmer fragt nach, ob es von Seiten der Verwaltung Handlungsbedarf gibt, wegen nicht korrekter Vertragserfüllung durch KSM? Wo ist die Beschaffung des Elektrofahrzeuges ins Stocken geraten? Wenn die geplanten Haushaltsmittel nicht ausreichen, muss nach Ersatz gesucht werden, z. B. mit einem Nachtragshaushalt. Gerade im Hinblick auf große Vergaben, Ausschreibungen für Baumaßnahmen muss Verlass auf die Vergabestelle sein. Herr Wilmer fragt Herrn Pamperin, ob ihm hierzu etwas bekannt ist?

Herr Pamperin bestätigt, dass KSM im Sommer Personalprobleme hatte. Nach Auskunft von KSM hat sich die Situation zwischenzeitlich gebessert. Herr Pamperin hat heute eine Liste verteilt, über Vergaben, die über KSM abgewickelt wurden.

Herr Wilmer berichtet, KSM bekommt Ihre Dienstleistung vergütet. Ein Druckmittel wäre die Einbehaltung von Geldleistungen. Hierbei gilt zu überlegen, ob es nur diesen einen Fall gibt oder weitere bekannt sind.

Frau Pohlmann berichtet von der Prüfung bei Herrn Bruhn. Herr Bruhn hatte im letzten Jahr mehrere Vergaben, die durch KSM abgewickelt wurden. Hier gab es keine Schwierigkeiten.

Herr Pamperin hat von Frau Grospitz eine Liste erhalten, mit 3 Vergaben die nicht über die KSM abgewickelt wurden. Letztendlich muss geprüft werden, woran es lag, dass die Vergabe mit dem Elektrofahrzeug nicht abgewickelt werden konnte.

Herr Wilmer räumt ein, dass die geplanten € 20.000,00 zur Beschaffung eines Elektrofahrzeuges nicht ausreichend sind. Die Verwaltung muss jetzt aber nach einer Alternative suchen, um ggf. ein anderes Fahrzeug zu beschaffen. Herr Wilmer bemerkt, wenn die Verwaltung schon an dieser Beschaffung scheitert, wie sollen dann erst die großen Baumaßnahmen abgewickelt werden? Abschließend bittet er die Verwaltung um Prüfung und Information an den Rechnungsprüfungsausschuss, ob es weitere Fälle gibt, die letztendlich Handlungsbedarf bei Nichterfüllung der Vertragsvereinbarungen durch KSM erfordert.

zu 11 Wiederherstellung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her.

zu 12 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Sitzungsteil gefassten Beschlüsse lt. KV M-V §

31 Abs. 3

Beschlüsse wurden nicht gefasst.

zu 13 Schließen der Sitzung

Herr Wilmer schließt die Sitzung um 20:10 Uhr.

Für die Richtigkeit:

Datum: 08.11.21

Susanne Westphal
Protokollführer/in

Rainer Wilmer
Ausschussvorsitzende/r